

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg eine Reichsmark monatlich, 120 M. bei Zustellung unter Schriftband 1,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10111.
Verleger: Kurt Roden 2503 und 2504.

Abende werden bis achtgepunkt. Nonpareilzettel oder deren Raum 50 St. „Kleine Anzeigen“ bei langjähriger Dienst 40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Erwerbszwecklos 50 Pf. Bei Familien- und Verfallungsanzeigen 100 Pf. der Zuschlag fest. Jahresrate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10.
Verleger: Kurt Roden 2503.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Verhandlungen in Spaa.

Vor der Entscheidung.

Die Verhandlungen über Danzig sind gestern in Spaa begonnen worden. Das Kabinett ist, wie die F. P. N. mitteilen, gestern um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch die Führer der Fraktionen der Nationalversammlung teilgenommen haben. Die insofern aus Spaa eingegangenen Nachrichten betreffend die Unterhandlungen des Reichsministers Erzberger und des General Marschall Hoch hätten den Gegenstand der Verhandlungen gebildet. Es sei zu hoffen, daß eine auch den deutschen Interessen wenigstens halbwegs Rechnung tragende Lösung der Landungsfrage gefunden werde.

Vollst. Bureau meldet:

Die Verhandlungen zwischen Reichsminister Erzberger und Marschall Hoch in Spaa über die Frage der Landung polnischer Truppen in Danzig dauern in mündlicher Aussprache und Notenwechsel bis in die Abendstunden hinein und sind noch nicht abgeschlossen. Die Militärs legen besonderen Wert auf möglichst schnelle Beförderung der Truppen des polnischen Generals Geller. Daraus ergibt sich eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß der von Reichsminister Erzberger vorgeschlagene Landweg von der Gegend Lunzville über durch Deutschland von Marschall Hoch in besonders ernster Erwägung gezogen wird.

Ausnahmezustand in Polen.

Wien, 3. April.

Aus Warschau wird gemeldet: Der Ministerrat verhängte über das ganze Gebiet Kongresspolens den Ausnahmezustand auf die Dauer von drei Monaten.

Nach uns ausgearbeiteten Mitteilungen spielen sich die Verhältnisse in Polen mit jedem Tage mehr und mehr zu. Die reaktionäre, chauvinistische Politik der Regierung treibt das Land gewaltig in den Bürgerkrieg hinein.

Keine amerikanische Einmischung.

Rotterdam, 3. April.

Laut „Het Vaderland“ hat Präsident Wilson der Delegation des amerikanischen Kongresses verächtlich, daß unter keinen Umständen amerikanische Truppen nach dem Osten oder Südosten Europas geschickt werden, und daß die Truppen, die sich augenblicklich in Rußland befinden, zurückgenommen werden sollen, sobald die Witterung dies anzeigt.

Amsterdam, 3. April.
Dem Trekbureau Radio zufolge teilte das amerikanische Kriegsamt mit, daß die amerikanische Seereschiffe am 25. März 2 131 000 Mann betrug: das bedeutet eine Verminderung von 42 Prozent seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes.

Friede noch vor Ostern.

Paris, 3. April. (Reuter.)

Sichon erklärte, daß der Präliminarfrieden seiner Ansicht nach vor Ostern bereit sein werde.

Aus Ungarn.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 3. April.

Durch eine Verordnung des Volkskommissariats für Finanzen wird die Einlösung der fälligen Kupons (außerhalb inländischer Wertpapiere) aufgehoben.

Budapest 3. April. (M. T. C. S.)
Die Räterepublik übernimmt als öffentliche Eigentum und stellt unter die Kontrolle der Arbeiterklasse und der Handwerker folgende Handwerksbetriebe: Großbetriebe, Geschäfte, welche neben dem Detailverkauf auch Großhandel betreiben, und Geschäfte, die ihre Waren ganz direkt an Konsumenten verkaufen, aber am 29. März d. J. zehn oder mehr Arbeiter beschäftigten.

Die verstaatlichten Geschäfte werden von den vom Volkskommissariat für soziale Produktion ernannten Geschäftsbeauftragten unter den früheren Besitzern nach Weisungen des Volkskommissariats geleitet werden. Die Arbeiter der verstaatlichten Geschäfte haben einen konstituierenden Arbeiterrat zu wählen, dessen Aufgabe

es ist, die Sicherung der Arbeitsdisziplin, den Schutz des Volkseigentums und die Kontrolle der Geschäftsführung durchzuführen.

Eine weitere Verordnung des Regierenden Rates besagt, daß die bisherigen Leiter, Direktoren und Beamte der bereits sozialisierten und zu sozialisierenden Betriebe verpflichtet sind, an ihrer Stelle zu bleiben und all ihre Kraft und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen. Ihre Bezahlung darf nicht mehr betragen als bisher und keinesfalls mehr als 3000 Kronen. Zuwiderhandelnde werden vor das Revolutionstribunal gestellt.

Eine Verordnung über Pfandleiheinstitute besagt: Jene Pfandobjekte, die vor dem 22. März 1919 mit nicht mehr als 100 Kronen betriebe wurden, sind bis zum 15. April 1919 den Eigentümern zurückzuerhalten, ohne daß das Leihgeld zurückgefordert werden könnte. Diese Begünstigung kann jedoch nur bis zum 15. April in Anspruch genommen werden.

Keine Bündnisverhandlungen zwischen Bayern und Rußland.

München, 3. April.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich:

Der „Rheinische Kurier“ hat in Nummer 164 vom 1. April laufenden Jahres die Meldung übernommen und besprochen, daß zwischen der kaiserlichen Regierung und der russischen Sowjetrepublik Verhandlungen im Gange seien, die auf ein Bündnis-Verständnis dieser Art abzielen. Dagegen wird bemerkt, daß die fragliche Meldung jeder tatsächlichen Begründung entbehrt. Die Meldung ist unrichtig schon um desswillen, weil Bündnisse mit auswärtigen Mächten nur vom Reich und nicht von Einzelstaaten abgeschlossen werden können.

Reichskonferenz der Eisenbahnervertreter.

Frankfurt a. M., 3. April.

Heute vormittag begann unter dem Vorsitz von Jäsche (Berlin) im hiesigen Eisenbahn-Direktionsgebäude die Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeitervertreter Deutschlands. Vertreten waren fast alle Direktionsbezirke mit etwa 100 Delegierten. Zu Beginn der Tagung wies der Frankfurter Arbeiterrat Breunig auf die Verfügung des preussischen Eisenbahnministers Cserer an die Direktionspräsidenten Preußens hin, den Eisenbahn-Arbeiterräten-Mitgliedern zur Tagung keinen Urlaub zu gewähren und keine Fortzahlung der Löhne zu bewilligen. Das Rundschreiben Cserers müsse als eine Kampfanlage an die Arbeiterräte bezeichnet werden. Darauf sprach Paul Schütz (Frankfurt a. M.) über „Revolution und Staatsarbeiter“. In der Erörterung legte Schütz (München) dar, daß, wenn in Preußen der Widerstand des Eisenbahnministers gegen die Arbeiterräte nicht aufhören würde, sich die bayerischen Arbeiter gegen die Reichseisenbahnen erklären müßten. Auch Wilhelm (Magdeburg) übte an dem rüchthändigen Geist im preussischen Eisenbahnministerium und in den Direktionen Kritik und forderte zum schärfsten Widerstand gegen das alte System auf.

Dieser Eisenbahnminister Cserer war lange Jahre hindurch Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und eine der besten Stützen der Frankfurter Demokratie, die sich stets ganz besonders radikal abgab. Jetzt zeigt sich, daß er an reaktionärer Borniertheit den Bureaufüraten alten Stils nichts nachgibt.

Gegen die Freiwilligenform.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zu der in der Freiheit veröffentlichten Spandauer-Zeitung erschienen Resolution gegen die Freiwilligen, bitten wir um die öffentliche Bekundung, daß die Arbeiterräte der gesamten Staatsbetriebe Spandauer an dem oben dieser Resolution beigefügten und sich unter dem Titel „Die Einlösung von freiwilligen Arbeitern in den Betriebsbetriebe“ befinden können.

Für den Zentralrat der Spandauer Eisenbahner: ...

... den Eisenbahnerbetriebe ...
Weilgehrig ergaben wir die Mitteilungen ... bereits am 29. März in einer Sitzung sämtlicher Angehörten ... ausführenden Spandauer Staatsbetriebe die ... Resolution einstimmig angenommen wurde.

Gärung in England.

Dr. R. Während in Deutschland das Proletariat davon geht, sich in den Arbeiterräten das Werkzeug zu schaffen, das bestimmt ist, den Kapitalisten die Herrschaft über die Produktionsmittel zu entwenden, wird auch das englische Wirtschaftsleben von den beständigen Kämpfen zwischen den Kapitalisten und dem organisierten Proletariat durchzuckt.

In England hat in den letzten Jahren vor dem Kriege eine Bewegung eingesetzt, die bisherige Versplitterung in kleinen lokalen Gewerkschaften durch die Bildung großer, zentraler Industrieverbände zu überwinden. Mit die stärksten zentralen Organisationen sind der Eisenbahnerverband und der Bergarbeiterverband, die in den Jahren 1911 und 12, besonders aber in dem großen Streik des Jahres 1912, ihre Kräfte mit dem Großkapital gemessen haben. Um für neue Zusammenstöße mit dem Kapital besser vorbereitet zu sein, wurde das schon vorher geübte taktische Zusammengehen der drei größten Verbände, der Transportarbeiter, der Eisenbahnarbeiter und der Grubenarbeiter, im Jahre 1914 durch den Abschluß eines Dreibundes gefestigt. Die drei Verbände verpflichteten sich, in bestimmten Fällen nur gemeinsame Aktionen vorzunehmen.

Der Krieg führte auch in England die Sozialpatrioten in den Gewerkschaften zur Herrschaft. Sie gingen im Jahre 1915 mit der Regierung einen Vertrag ein, in dem die Arbeiterschaft sich zum „Bürgerfrieden“ bereit erklärte, und auf bereits Errungenes, z. B. auf das Recht, die Produktionsleistung des Einzelnen festzusetzen, verzichtete. Hierdurch wurde es der englischen Regierung ermöglicht, die Kriegsindustrie zu organisieren und die Produktion zu kontrollieren. Die lange Dauer des Krieges rief auch in der englischen Arbeiterschaft Unzufriedenheit nach, die sich im Jahre 1917 in verschiedenen Teilstreiks äußerte, die dazu führten, daß in einzelnen Industriezweigen Lohnaufbesserungen erfolgten, und daß die Regierung sich mit der Bildung von „shops-stewards“, d. i. Betriebsräten, einverstanden erklärte. Anfanglich hatten diese Betriebsräte keine große Macht, sondern waren auf einige Kontrollrechte in disziplinarer Hinsicht, wie auch bei der Produktion beschränkt. Immerhin aber haben diese shops-stewards dazu gedient, den sozialistischen Willen des englischen Proletariats mächtig zu stärken.

Nach dem Siegestaumel im Herbst 1918, der auch viele Arbeiter mitgerissen hatte, erwachte im Januar 1919 das erwüchtete Proletariat, und sah, daß der englische Kapitalismus den Krieg dazu benutzt hatte, sich ungeheurer zu bereichern, während infolge der schnellen Demobilisierung 200 000 Arbeitslose mit völlig unzureichender Arbeitslosenunterstützung auf der Straße lagen. Dazu kam die ungeheure Teuerung, die das Proletariat wiederum an und unter das Existenzminimum zurückdrückte. Wille Teilstreiks brachen aus, so in Belfast, in London, Streiks der Eisenbahner, der Lohndarbeiter; überall Erschütterungen des Wirtschaftslebens. Auch die Bergarbeiter kamen in Bewegung. Sie forderten 30 Prozent Lohn-erhöhung, den Sechstundentag, die Verstaatlichung der Bergwerke, sowie ausreichende Arbeitslosenunterstützung. Die Unternehmer antworteten mit einem energischen Nein, das sie nichts mehr verdienten und die Forderungen den Ruin der Industrie herbeiführen würde. Lloyd George suchte und fand den Ausweg darin, daß er die Arbeiter veranlaßte, eine Kommission aus Vertretern ihres Vertrauens zu bilden, die unter dem Vorsitz eines Regierungsbeamten, des Finanzdirektors des Kohlenkontrolldepartements, das Recht erhielt, Untersuchungen anzustellen. Sie soll sich auf die Unterbindung der Löhne und der Arbeitszeit der Bergarbeiter, die Produktionskosten, die Kohlenverteilung, sowie die Gewinnverteilung und den erzielten Gewinn erstrecken. Ferner sollte die Kommission untersuchen über die Möglichkeiten der Erhöhung der Verstaatlichung des Bergbaus auf dem Wirtschaftlichen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ergab auf die Einrichtung dieser Kommission ein.

Die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission bilden eine Kette von Anklagen gegen den Großkapitalismus der englischen Bergherren. Nach den Veröffentlichungen des Finanzberaters der Kontrollkommission wurden im Jahre 1914

Produziert 200 Mill. Tonnen Kohlen, 1918 bis September 218 Mill. Tonnen. Der Preis einer Tonne betrug 1914 9 Schilling 11 Pence, 1918 24 Schilling 10 Pence. Der reine Profit betrug 1914 15 1/2 Mill. Pfd. Sterling, 1918 bis September 39 Millionen. Der Profit pro Tonne betrug 1914 1 Schilling 1 1/2 Pence, 1918 3 Schilling 6 1/2 Pence. Während sich also der Preis einer Tonne mehr als verdoppelt hat, liegt der Gesamt-Reingewinn von 15 1/2 auf 39 Millionen Pfund, also um fast das Dreifache. Wenn die Arbeiter bei diesen ungeheuren Profiten einen kürzeren Arbeitstag verlangen, so schreit der Kapitalist, der Arbeiter wolle das ganze wirtschaftliche Leben des Landes auarunde richten. Die Ergebnisse der Kommissionsuntersuchung über die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zeigten ungeheure Missetände. Ohne sanitäre Vorrichtungen, in völlig unzulänglichen Räumen baut die Masse des englischen Bergarbeiterproletariats, während die Grubenverwaltungen bemüht waren, möglichst hohe Reingewinne zu erzielen. Dabei war auch die Sterblichkeit, besonders der Jugendlichen, in den Minenstrichen unbeschreiblich hoch.

Infolge der Abmachungen des Dreibundes, der drei großen Verbände, erklärten sich die Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter mit den Bergarbeitern solidarisch und drohten, falls keine Einigung zustande kommt, den Nationalstreik zu proklamieren. Ihnen schlossen sich die Textilarbeiter und große Teile der Landarbeiter an. So drohte Mitte März die Gefahr eines Streiks von fast 2 Millionen organisierten Arbeiter, der das ganze Wirtschaftssystem Englands mit einem Schlag lahm gelegt hätte.

Seit Anfang Februar beschränkte sich die Masse der Eisenbahnarbeiter nicht auf Androhung von Streikhandlungen, sondern ging überhandnehmend zu tatsächlichen Streikhandlungen über. Den Achtstundentag, doppelte Bezahlung für Sonntagsdienst, ständige Teuerungszulage und 14 Tage Urlaub im Jahre. Die Eisenbahnarbeiter suchten die Verhandlungen hinzuziehen. Da brachen die organisierten Fabrikarbeiter vor und erhoben die Forderung auf Sozialisierung der Industrie. Das erkrankte und eingeschüchterte Unternehmertum suchte zu retten, was zu retten war und einigte sich in einer Kommission, die je zur Hälfte aus Kapitalisten und Arbeitern bestand, auf Richtlinien, in denen u. a. bestimmt wird, daß die Kontrolle des Unternehmens durch beide Teile ausgeübt wird.

Mit dieser Lösung sind große Teile des Proletariats nicht einverstanden, da bei einer derartigen Arbeitsgemeinschaft das Unternehmertum es immer behalten wird, sich den Profit zu sichern.

Der am 20. März veröffentlichte Bericht der Kohlenkommission bedeutet einen Sieg der organisierten Bergarbeiter. Denn die Kommission machte den Vorschlag einer Lohnerhöhung von zwei Schilling pro Schicht, Herabsetzung der Arbeitszeit auf 7 Stunden und vom Jahre 1921 auf 6 Stunden und erklärte, daß das gegenwärtige kapitalistische System der Ausbeutung durch ein anderes System ersetzt werden müsse, und zwar entweder durch die Sozialisierung oder durch den Ankauf durch den Staat, oder durch die Kontrolle der Produktion und des Absatzes durch die Arbeiterschaft. Auf jeden Fall aber müssen die Bergarbeiter in Zukunft eine wirkliche (effektive) Stimme in der Leitung der Gruben haben. Die Unternehmer waren, da ihr krosser Egoismus entfällt war, bereit, auf diese Vorschläge einzugehen. Auch die Regierung war einverstanden und hat daher den Auftrag gegeben, bis zum 20. Mai eingehende Vorschläge über die Form der Sozialisierung zu machen.

Die Arbeiterschaft hat zu diesen Vorschlägen noch nicht endgültig Stellung genommen, doch sind große Kreise mit der Regelung der Lohnfrage und dem Einziehen der Sozialisierung unzufrieden. Man will diesmal ganze Arbeiter machen und das kapitalistische System im Verban vernichten.

Unter dem Druck der vereinten Arbeiterschaft gab die Regierung den Eisenbahnarbeitern gegenüber gleichfalls nach, und auch hier hat das organisierte Proletariat, dadurch, daß die Forderungen fast reiflos bewilligt wurden, einen Sieg errungen.

Organisierte Pressehefte.

Wir haben im Vorkriegsblatt vom 2. April eine „Unterhaltung“ des „Koslanzeiers“ mit einem Vertreter der Reichsregierung wiedergegeben, die wie eine Ankündigung eines neuen Gemischts wirkt. „Keine Menschenliebe“, „keine Sentimentalität“, „keine Familialität“, sondern nur „nüchterne Vernunft“, das war das Programm der Regierung in dieser Kundmachung.

Wie wir erfahren, hat der „Koslanzeier“ diese Meinungen nach dem Portra eines Reiterungsvertreters in der „Pressekonferenz“ wiedergegeben. Wenn man bedenkt, daß diese Pressekonferenz dazu da ist, die bürgerliche Presse zu instruieren, so kann man die Erklärung nur als eine Aufforderung zur Debe und zum Verschweigen aller Taten der Rasse-Garde bezeichnen. Von den Rednern war Herr v. Gerlach so empört, daß er den Anführer rief: „Gana wie bei Kessel!“ Der Vertreter der sozialistischen Republik antwortete: „Leider! Es muß sein.“ Und die anderen schwiegen.

Es wird weiter gelogen!

Das Kopenhagener Blatt „Berlingske Tidende“ veröffentlicht eine Unterredung, die einer Berichterstatter mit dem ehemaligen Kronprinzen abhält haben will. Bemerkenswert ist die folgende Stelle daraus:

„Man kann doch nicht ernstlich behaupten, Kaiserliche Hoheit, daß Deutschland verarmt hätte, die Lüge zu pflegen? Haben nicht Herr v. Trepitz und seine Nachfolger im Reichsmarineamt über die Ergebnisse des U-Boot Krieges gelogen? „Es fehlt und die Oberste Direktion sanktionierte in diesem Punkt brav mit der Flotte. Ludendorffs Berichte waren im letzten halben Jahr vorgetragen bis zum letzten. Man kann nicht — wie Herr Ludendorff — 300 Gefschäfte und 30.000 Mann verlieren und gleichzeitig meinen, daß man einen Abwehrkrieg erfochten habe. Es gibt Weizen, das, wie man es sieht, kein Weg sein darf. Unsere Hände dagegen liegen nicht.“

Es ist möglich, daß diese Unterredung ein Phantasieprodukt des dänischen Blattes ist. Sicher aber ist, daß während des Krieges das deutsche Volk schamlos belogen und betrogen wurde.

Während des Krieges aber nur? Nein, auch heute noch wütet die Lüge und die Falschheit. Nur daß sie jetzt vor allem von Leuten gepflegt wird, die sich noch immer Sozialisten und Arbeitervertreter nennen.

Der Massenstreik im Ruhrrevier.

Immer weitere Ausdehnung der Bewegung.

Essen, 3. April.
Die Streiklage im Industriebezirk hat sich heute gegen gestern nicht allsehr verändert. Im allgemeinen hat aber die Zahl der streikenden Bergleute noch eine wohl nicht unbeträchtliche Zunahme erfahren, da die Belegschaften sämtlicher Zechen des Gombornreviers, auf denen gestern zum größten Teil noch gearbeitet wurde, sich heute gleichfalls dem Ausstand angeschlossen haben. In verschiedenen anderen Bezirken ist allerdings auf einzelnen Zechen auch die Arbeit wieder aufgenommen, und auf anderen hat sich die Zahl der streikenden erhöht. Es daraus aber geschlossen werden kann, daß die Streikbewegung abzuflauen beginnt, erscheint immerhin zweifelhaft, denn der bisherige Verlauf der Bewegung hat gezeigt, daß der kommunistische Einfluß auf die Bergarbeiterklasse seit der letzten Streikbewegung im Februar außerordentlich stark gewachsen ist. Während im Februar die Generalkonferenz der Kommunisten auf den entscheidenden Widerstand der großen Mehrzahl der Bergleute stieß und auf den meisten Zechen des Reviers die Belegschaften nur durch terroristische Gewalttaten zur Arbeitserückkehr gezwungen werden konnten, ist bisher von gewalttätigen Zerschlagungen nichts bekannt geworden. Trotzdem und obwohl die Bergarbeiterverbände sich in der eindringlichsten Weise gegen den Streik wandten, befindet sich weit über die Hälfte der Ruhrbergleute im Ausstand. In den Städten des Ruhrbezirks machen sich die Folgen des Bergarbeiterstreiks bereits empfindlich bemerkbar. Besonders hat der Straßenbahnverkehr eingestellt oder stark eingeschränkt werden müssen, und die Gasversorgung gerät wieder ins Stocken.

Essen, 3. April.
Die Gesamtzahl der Ausständigen belief sich in der heutigen Zehnjahrszahl auf 131.000.

Ein Gruß aus Ungarn.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Budapest, 3. April.
Der Volkskommissar Bela Kun richtete an den Reichsausschuß der Wiener Grubenarbeiter folgendes Telegramm:

„Euer Gruß ist uns eine neue Aufmunterung, das begonnene Werk mit Freude und Mut fortzusetzen. Alles schreitet großartig vorwärts, jeder unserer Kammergenossen trifft mit Todessehne das Haupt des kapitalistischen Saupferd, der sich auf der Lebenskraft des Proletariats nährt. Gleichseitig aber arbeiten wir eifrig an der Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung; wir sind Tag und Nacht an der Arbeit und sie hat schon jetzt reiche Früchte getragen. Wir freuen und anerkennen, daß die revolutionären Grubenarbeiter mit und Schulter an Schulter kämpfen wollen. Laßt Euch nicht einschüchtern, schreckt nicht vor Opfern zurück, die eure Befreiungsbewegung eifrig, erinnert Euch, daß selbst in friedlichsten Zeiten jährlich Tausende und Tausende eurer Arbeiterbrüder vom außereuropäischen Proletariat lebend begraben wurden.“

Das Telegramm erinnert dann weiter daran, daß der schändliche imperialistische Krieg nicht weniger als 20 Millionen Menschenleben verzehrte, außerdem die Arbeiter den schrecklichsten Leiden aussetzte. Wenn alle Proletarier einzig sind, wird keine Macht der Erde die Sklaverei der Lohnarbeiter wieder herbeiführen können.

Brot und Spiele für die Bergarbeiter.

Offiziell wird der Presse folgendes mitgeteilt:

Die Bergarbeiter dürfen nicht schlochtweg eines Attentates auf die Wirklichkeit des ganzen deutschen Volkes angeklagt und bezichtigt werden. Sie haben einen unendlich schweren Dienst bei sorglicher Rührung zu leisten. Die ganze Streikbewegung im Ruhrrevier kann im wesentlichen darauf zurückgeführt werden, daß die Belieferung mit Kohlen seit Mitte März überaus schlecht war. So konnte in Dortmund seit zwei Wochen keine Fleischration mehr gegeben werden. Diese bedauerlichen Missetände, die zu jeder schweren körperlichen und lange währenden Arbeit unfähig machen, dürften wohl jetzt als beseitigt gelten. Die ersten Lebensmittelbeschreibungen sind im Streikgebiet eingetroffen und es werden von jetzt ab an die streikenden Bergleute recht erhebliche Mengen verteilt werden. Daneben zeigt sich das Bedürfnis, aus der Einsamkeit der Streikwirtschaft herauszukommen und etwas Unterhaltung zu haben. Auch dieses Bedürfnis ist verständlich und es wird Aufgabe der kulturfördernden Vereine und freiwilligen Anstalten sein, diesen begrifflichen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen.

Am alten Rom hat man den Proletariaten Getreide verpflotet und Rindvieh für sie veranstaltet, um sie bei guter Laune zu erhalten. Dieses Beispiel der Cäsarer will jetzt die bürokratisch-ideologischer Reiterung nachahmen. Aber die modernen Bergarbeiter sind kein altägyptischer Pöbel, und nicht der Hunger nach Brot und Spielen trieb sie zur Einstellung der Arbeit, sondern der Drang, die Fesseln der wirtschaftlichen und politischen Knechtung abzuwerfen.

Bemerkenswert an dieser offiziellen Darstellung ist der Ton, der jetzt schon die Bergleute anerkennen wird. Vor der Verkündung der Generalkonferenz sah sich die Regierung so stark, daß sie sofort den Verhaftungsstand über das Ruhrgebiet verhängte und ein Massenarrest von Weihen Garden gegen die Grubenknechte vorrichtete. Nachdem sich aber herausgestellt hat, daß nicht nur ein kleiner Teil, sondern die übergroße Mehrheit der Bergleute der Parole gefolgt ist, verurteilt sie einzuweichen und bietet den Streikenden Brot und Spiele an.

Nachdem ihr Herr von der brutalen Gewalt es nicht um mehr! Wohl die Politik und nicht das Auserwähl werden die Unzulänglichkeiten der Arbeiter befehlen. Es hilft nur eines: der ernste Wille zur Umwälzung des Kapitalismus!

Offener Brief an den Reichswehrminister.

Es ist dringend erforderlich, Herr Reichswehrminister, zu Ihrer Rede in der Nationalversammlung am Sonnabend, den 20. März 1919 etwas näher einzugehen.

Es ist unerkennbar, daß Sie, als Reichswehrminister, in der gesetzgebenden Versammlung Behauptungen aufstellen, die Sie, was Ihre Tätigkeit anbetrifft, unmöglich verantworten können.

Sie sagen, daß am ersten Revolutionstage in Spandau ein sogenanntes Generalkomitee gebildet worden sei, das aus 11 Arbeitern und 8 Angehörigen besteht. Wenn Sie das, Herr Reichswehrminister, und doch nicht ganz zutreffend, allerdings wurde eine Generalkonferenz gegründet, aber doch in anderer Zusammensetzung, als von Ihnen mitgeteilt. Wir waren am dem Bewußtsein getragen, so schnell wie möglich zu produktiver Arbeit zu kommen. Herr Reichswehrminister, und das konnten wir nur erreichen, wenn nicht mehr die Offizierskommandantur der Wamba über den Arbeitsplan der Reichswehrminister bestimmte, sondern Ingenieure, tüchtige Fachleute, und diese konnten wir zur Umstellung heran. Nach langwierigen Verhandlungen mit den Staatsoberbehörden wurde die Generalkonferenz, bestehend aus dem Generalkommando und einem aus Ingenieuren und Arbeitervertretern bestehenden Organisationsausschuß, anerkannt. Je doch nur unter für eine sogenannte sozialistische Regierung sehr bescheidenen Bedingungen. Ein großer Teil des Personals der Reichswehrminister, darunter der größte Prozentsatz Offiziere, die für die freie Betätigung einen ganz gewaltigen Vermögensverlust erlitten, mußten mit übernommen werden. Diese Herren mußten versorgt werden, andererseits lagerte es Verfügungen, durch die Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos gemacht wurden.

Die Generalkonferenz war gegründet, wenn für erst und nicht von der Arbeiterschaft der Spandauer und Berliner Reichswehrminister, und man sollte meinen, daß eine sozialistische Regierung alles Interesse daran hätte, Staatsbetriebe zu sozialistischer Ausbeutung umzugestalten. Aber weit gefehlt, Herr Reichswehrminister. Es war den Spandauer Staatsbetrieben nicht möglich, Staatsaufträge zur Beschäftigung der Arbeiter zu erhalten, sondern die Staatsbetriebe mußten bei der Produktion industriell teilnehmen, um etwas von den verarbeiteten Staatsaufträgen zu bekommen. So sieht es in Wirklichkeit aus, Herr Reichswehrminister. Sollte Ihnen das nicht schon bekannt sein?

Sie reden weiter von einem eigenartigen Wahlverfahren in den Staatsbetrieben. Bezeichnen Sie das Wahlverfahren, nach dem auch Sie in die Nationalversammlung gewählt worden sind, als ein eigenartiges? Sie führen weiter an, daß in den Spandauer Werksstätten im Monat Januar 12 Millionen Mark an Löhnen ausgezahlt worden wären, wenn eine absolut minimale Tätigkeit gegenüberstände. Niemand hat den mehr als wir, Herr Reichswehrminister. Es ist erforderlich, daß Sie auch hierüber etwas näher unterrichtet werden. Die Munitionfabrik hat zur Fertigstellung von Waffenträgern 20 „in Worten zwanzig“, Drehschäfte angefordert. Die Mittel dazu wurden ihr vom Kriegsministerium bewilligt. Wäre es nicht richtiger gewesen, das für die Ausbehebung auszuwendende Geld zur Anschaffung der notwendigen Maschinen und Werkzeuge zu verwenden, dadurch die Arbeiterschaft produktiver Arbeit zuzuführen und damit dem Volkwohl, der Wagnereinstellung zu dienen? Es wird weiter von Interesse für Sie sein, Herr Reichswehrminister, daß die Gewerke, die umgestellt sind, ein Arbeitssystem durchaus rentabel arbeiten. Es ist ein leichtes, Herr Reichswehrminister, Arbeiter zu verurteilen. Haben Sie schon vergessen, daß auch Sie ein Arbeiter waren? Wir können Ihre Ausführungen, daß die Spandauer Arbeiter so bald wie möglich wieder voll arbeiten wollen, nur unterstreichen. Herr Reichswehrminister. Worin hindert man uns daran? Arbeiten wollen wir alle, aber zum Wohle der Menschheit, nicht Werkzeugzeuge erzeugen, für deren Herstellung auch Ihre Partei, Herr Reichswehrminister, in früheren Zeiten die Mittel verwendet hat.

Sie sagen weiter, daß die Arbeiterschaft durch schrecklichen Terror zum Streik gezwungen wäre. Wir können Ihnen nur den guten Rat geben, Herr Reichswehrminister, die in Ihrer Rede geführte Deputation zu belohnen, welche Arbeiterzahl sie vertritt. Sie scheinen sehr nach alten Rezepten zu verfahren, Herr Reichswehrminister, indem Sie jeden einzelnen, der sich Ihnen als Deputation vorstellt, auch gleich ohne Prüfung als solche anerkennen. Wir kennen die Namen dieser Herren und können Ihnen diese, falls Sie Ihrem Gedächtnis entschwunden sind, mitteilen. Der Streikbescheid ist in öffentlicher Versammlung gefaßt worden, die Richtigkeit sollte sich der Majorität zu fügen. Oder sind Sie anderer Meinung, Herr Reichswehrminister? Fragen Sie zur Zeit die Millionen Arbeiter, ob diese anderer Meinung sind? Sie sind? Sie erklären mit großem Pathos, daß für die Streiklage kein Pfennig gezahlt wird. Sind Sie der Ansicht, daß sich die Ereignisse dadurch aufhalten lassen, Herr Reichswehrminister? Sie würden dem deutschen Volke einen großen Dienst erweisen, wenn Sie so bald wie möglich streikenden würden. Es wird Ihnen niemand eine Träne nachweinen, während die Herren Reaktionäre, die Sie jetzt als Vorparlament bezeichnen. Wir können Ihnen nur den guten Rat geben, so schnell wie möglich eine zweite Wauierung durchzuführen und wieder mit einem mehr sozialistischen Geist auf auf der Welt zu erscheinen, wenn Sie vor dem Gerichtshof der Weltgeschichte bestehen wollen. Der Arbeiterrat der Munitionsfabrik Spandau.

Gegen Koste!

Am 1. April 1919 fand in der Krillerie-Werkstatt Spandau eine Vollversammlung sämtlicher Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute, Arbeiter- und Angehörigen-Ausschüsse der Staatsbetriebe Spandaus statt, um Stellung zu der Frage der Umstellung der Betriebe auf Friedenswirtschaft zu nehmen. Von der Generalkonferenz der Reichswehrminister wurde ausführlich die Entschleunigung und Bildung der Generalkonferenz dargelegt und die Ausführungen Koste in der Nationalversammlung scharf kritisiert. Es wurde hervorgehoben, daß ein Reichswehrminister, ohne sich zu informieren, nur auf die Einschüchterungen einzelner bei der Befehle der Generalkonferenz nicht beachtetigter Posten in der Lage zu sein vermag, die direkt das Gegenüber von den wirklich bestehenden Tatsachen behauptet.

Nach längerer Diskussion, in der von Rednern alle Parteien das unverantwortliche Verhalten Koste scharf verurteilt wurde, gelangte folgende Resolution gegen einzelne Generalkonferenzmitglieder zur Annahme:

„Die am 1. April 1919 in der Krillerie-Werkstatt Spandau gefaßte Beschlüsse der Nationalversammlung sämtlicher Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute, Arbeiter- und Angehörigen-Ausschüsse der Staatsbetriebe Spandaus werden gegen die Ausführungen des Reichswehrministers Koste scharf kritisiert.“

bedeutendste Rolle, wie er am 14. März in der Nationalversammlung machte, den allerhöchsten Erfolg. Die Ausführungen des Ministers enthalten solche Angaben, die auf unkontrollierbare Informationen beruhen. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung die Ratifizierung der Deputation, die ihr dieses lächerliche Material unterbreitet hat.

Die große Masse der Arbeiter der Staatsbetriebe Spandau, ohne Unterschied ihrer parteipolitischen Stellung, weist mit Entschiedenheit den Vorwurf des Terrorismus und der Anarchie zurück und macht für die Verschlechterung von Reichsmitteln einzig und allein diejenigen Regierungsstellen verantwortlich, die aus Rücksicht auf das Privatkapital die Umstellung der Herbergsbetriebe auf Friedensarbeiten hintertrieben, und das in einer Zeit, in der die Arbeiter ständig von derselben Regierung die Pflicht und Notwendigkeit zur Arbeit vor Augen geführt wird.

Die Versammlung erklärt, daß sie die Arbeitslosenpolitik und auch die Militärpolitik dieser Regierung als eine Schmach empfindet, und sie betont, daß sie voll und ganz auf dem Boden der von den Arbeiterräten der Waffen- und Munitionindustrie Deutschlands in Erfurt einstimmig angenommene Resolution Däumig steht.

Am Schluß der Versammlung wurden die Vertreter der Generaldirektion beauftragt, bei Noth vorstellig zu werden, um sich über die wirklichen Verhältnisse in den Staatsbetrieben aufzuklären und die Zurücknahme der erhobenen schweren Anschuldigungen zu verlangen.

Ein herrlicher Sieg.

Entwaffnung der Augustaner.

Die Regierungstruppen haben gestern nachmittag wieder einen herrlichen Sieg errufen. Wie wir schon kürzlich mitteilten, hielten die Augustaner an den 7 Hamburger Punkten fest und hatten nach wie vor ihre selbstgewählten Führer, wozu sie nach dem Tode des Kriegeministers ja auch berechtigt waren. Sie gogen sich dadurch den Haß der Wilhelmministers Cffiziere zu, unter deren Leitung Herr Noth sein neues „Vollsheer“ aufstellte. Es wurde daher der Plan gefaßt, die Augustaner zu entwaffnen. Das Aufgebot an Kräfte war riesig. Ein dichter Horden von Regierungstruppen wurde um die Kasernen gezogen. Auf Dächern und auf Straßenzugängen zu der Kaserne wurden Maschinengewehre aufgestellt. Auch Artillerie wurde in Bereitschaft gehalten.

Die Augustaner erwiesen den Regierungstruppen jedoch nicht den geringsten Widerstand. Sie sahen der Aktion mit größter Gelassenheit zu und befühlten sich von den Heerführern aus über die Vorbereitungsmaßnahmen, die zum Sturm auf die Kasernen unternommen wurden. Schließlich drang eine stark bewaffnete Abteilung in die Kasernen ein und forderte die Mannschaften zur Abgabe der Waffen auf. Das ist auch bereitwillig geschehen. Die letzten zwei Führer, Landsturmann Kapape und Unteroffizier Bügler, wurden verhaftet. Der „Sieg“ der Regierungstruppen war also nach allen Seiten hin vollständig.

In einer Darstellung, die eine hiesige Lokalkorrespondenz über die Vorgänge gibt, wird behauptet, die Augustaner hätten sich von jeder als ungewollt erwiesen. Sie sollen bei den Januarlampfen gemeinsam mit den Franzosen sich neutral erklärt haben — gemäß ein schweres Verbrechen! — und außerdem für die nächsten Tage einen Umzug geplant haben. Der eigentlichen Ursache der ganzen Aktion kommt man aber wesentlich näher, wenn man folgende Auslassung der betreffenden Korrespondenz beachtet:

Die Ersatzbatalione der Augustaner, Franzer und Alexander sind in letzter Zeit in schwere Konflikte mit dem General v. Voemann gekommen, da alle drei auf die Durchführung der Sieben Hamburger Punkte bestanden und der Befehl über die Neuverteilung der Kommandogewalt passive Resistenz leisteten. Die drei Regimenter weigerten sich, andere Führer anzunehmen, als die von ihnen erwählten, d. h., die vom Kriegeministerium gewünschte Einstellung von Offizieren, welche die Ausbildung des Jahrgangs 1899 übernehmen sollten, wurde energisch verhindert.

Damit wird der Kern der ganzen Sachlage getroffen. Das Wolfsbureau hingegen meldet:

„Auf Grund des Befehls über die Umstellung der Reichswehr und Auflösung des alten Heeres ist die Verlegung der Ersatzbatalione August, Franz und Alexander zu einem Ersatzbatalion die aus der mobilen zweiten Garde-Infanterie-Division zu bildende Reichswehrbrigade in Aussicht genommen. Der Führer des Ersatzbatalions August hat die Mitteilung hierüber zum Anlaß genommen, in einer Ansprache an das Batalion die Mannschaften aufzufordern, ihre Waffen und Ausrüstungen zu verkaufen. Zum Teil sind die Mannschaften bereits der Aufforderung nachgekommen. Was dieses Anbot die freiwilligen Käufer sind, läßt sich denken. Um weitere schwere Schädigungen der öffentlichen Sicherheit und des Militärischen zu verhüten, hat der Reichswehrminister angeordnet, daß die Kasernen des Ersatzbatalions August von Regierungstruppen besetzt wird und die Waffen, Ausrüstungen usw. des Batalions beschlagnahmt werden.“

An dieser Darstellung heben wir solange Zweifel, bis sie nicht einwandfrei erwiesen ist. Es scheint bei den „zuständigen Stellen“ üblich geworden zu sein, alle diejenigen, die sich nicht samt und sonders unter der Fuchtel der Militärherrschaft beugen, als Spitzhaken und Verbrecher hinzustellen. Diese Methode hat nur das eine für sich, daß sie bequem ist. Nur dem was sie heute kaum noch einen denkenden Menschen zu überzeugen. Zichenzberg war ein zu lehrreiches Beispiel.

Die Lage in Stuttgart.

Stuttgart, 8. April.

Am 11. April am 2. April abends gelang es den Spartakisten, sich in den Besitz des Reichsrevolvermagazins in Untertürkheim und des Wagners in Wangen zu setzen. In der Nacht wurde das Reichsrevolvermagazin durch Handreich ohne einen Schuß weder genommen und circa 60 Spartakisten gefangen genommen. Untertürkheim und Wangen sind jetzt in der Hand der Regierungstruppen. Am Abend des 2. April kam es infolge von Angriffen von Spartakisten und Patronen zu einigen kleinen Schießereien, bei denen zwei Zivilpersonen tödlich verletzt wurden. Die umlaufenden Gerüchte, die Regierung befinde sich nicht mehr in Stuttgart, Kommandant Gahn, der Befehlshaber der Regierungstruppen, sei ermordet, die Reichskasernen sei in der Hand der Spartakisten, sind falsch und grundlos von den Spartakisten, die das völlige Behalten ihres Zustandes zu erkennen beginnen, zur Verunsicherung der Bevölkerung in die Welt gesetzt. Die Regierung ist in Stuttgart und in allen Städten

des Landes völlig ruhig und die Haltung der Arbeitertruppen und die Besonnenheit, mit der sie allen aufreizenden Beschimpfungen und Bedrohungen entgegenzutreten, verdienen die höchste Anerkennung der Bevölkerung. Die Wiederaufnahme der Arbeit beginnt in den verschiedenen Erwerbszweigen.

Ruhe in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 8. April.

Der gestrige Tag und die letzte Nacht sind völlig ruhig verlaufen.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat hielt am 8. April eine Sitzung ab, um erneut mit einer von den Arbeiter-Räten der kommunalen Betriebe Berlins gewählten Deputation zu verhandeln und Bedingungen entgegenzutreten, wodurch diese Arbeiter-Räte, die zu einer Arbeitergemeinschaft zusammengetreten sind, zu erledigen haben.

Grund der erneuten Aussprache war, daß durch den in der Presse erschienenen Bericht einer Sitzung des Vollzugsrats, zu welcher die Vollbeauftragten der Stadt Berlin geladen waren, die Annahme entstehen konnte, als ob der in dieser Sitzung gefaßte Beschluß der Arbeiter-Räten der kommunalen Betriebe die Geltungsberechtigung abspiege. Das ist aber nicht der Fall.

Nach eingehender Aussprache wurde eine Verständigung durch die einstimmige Annahme folgender Resolution erzielt:

„Die Arbeitergemeinschaft der Arbeiter-Räte der Beamten und Hilfskräfte der Kommune Berlins hat die Kontrolle aller für die einzelnen Arbeiter-Kategorieen in Betracht kommenden hütischen Betriebe und Verwaltungszweige im Interesse der Arbeiter und Angestellten sowie in dem der Gesamtbevölkerung Berlins durchzuführen. Sie tut das in enger Zusammenarbeit mit dem kommunalen Ausschuss des Vollzugsrats, der sich seinerseits — bis zur anderweitigen Regelung des Verhältnisses zwischen Kommune Berlin und Arbeiter-Räten — der vier Vollbeauftragten für den Verkehr mit dem Oberbürgermeister Vermuth bedient.“

Um eine endgültige Regelung herbeizuführen, wurde außerdem beschlossen, nochmals eine Sitzung einzuberufen, zu welcher außer der genannten Deputation auch die vier Vollbeauftragten geladen werden sollen.

Einem Antrag der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldaten-Räte entsprechend, ist die Forderung des Genossen Ledebour miteinzuführen für die Tagung des Kongresses beim Justizministerium beantragt. Dieses teilt dem Vollzugsrat mit, daß darüber nur das Landgericht entscheidet.

Der Vollzugsrat wählt eine Kommission und zwar die Genossen Raisohn, Woywod und Wegmann, die beim Landrichter die Forderung des Gen. Ledebour erwirken sollen.

Auch der Ausschuss der Angestellten beschloß die Wahl des Ausschusses für Betrieb- und Gewerbe-Angelegenheiten wurde beauftragt, Schritte einzuleiten, um eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeizuführen.

Außerdem kam folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Der Vollzugsrat erkennt die Forderungen der Angestellten in der Metallindustrie als gerechtfertigt an. Er fordert die Unternehmer auf, im Interesse des Allgemeinwohls den Forderungen der Angestellten Rechnung zu tragen. Alle Weiterungen, die sich aus dieser Bewegung ergeben, fallen den Unternehmern zur Last.“

Eine Beschwerde des Arbeiterrats des Bekleidungsamtes des III. A. N., der nachstehende amtliche Verfügung zu Grunde lag, wurde dem Ausschuss für Betriebs- und Gewerbeangelegenheiten zur Erledigung überwiehen:

Kommandantur Spandau, den 30. 3. 19.

J. Nr. 009. 19. 11.

Bekleidungsamt III. A. N. Hier, am 1. 4. 19. V. 2020. Nachstehende Biffer 1 des Beschlusses vom Freikorps Hülsen vom 27. 3. 19 1a Nr. 3190 zur Kenntnis:

Biffer 1. Die auf Grund der Verfügung des General-Kommandos III. A. N. IV. 32882 vom 20. 3. 19 beschlossene geheime Neuwahl des A.-Rats und Angestellten-Ausschusses des Bekleidungsamtes III. A. N. hat bis zum 5. April zu erfolgen. Dem Geschehen ist dem Freikorps am 7. 4. Meldung zu erstatten.

Meldung von der erfolgten Neuwahl bei der Kommandantur bis 4. mittags zur Parole.

ges. Quebner, Oberst.“

Noch keine Sozialisierung der Presse in Bayern.

Im letzten Ausschuss des bayerischen Landtags erklärte Ministerpräsident Hoffmann, daß zur Sozialisierung der Presse weder er selbst noch die Regierung eine endgültige Stellung genommen habe. Ein vom Handelsministerium vorgelegtes Sozialisierungsgesetz müsse erst die Zustimmung der Regierung und selbstverständlich auch die des Landtages finden, ehe es in Kraft tritt.

Reformatwerk in Oesterreich.

Wien, 2. April. (Correspondenz.)

In der Nationalversammlung begründete der Staatssekretär für die soziale Verwaltung Hanusch, das Invaliden- und Hinterbliebenen-Versorgungs-Gesetz. Die Durchführung der Vorlage werde einen Gesamtanwands von 300 bis 350 Millionen erfordern. Da ein ähnliches Gesetz in Deutschland noch nicht geschaffen sei, trage die Vorlage einen provisorischen Charakter. Es werde sich die eventuelle Notwendigkeit ergeben, einzelne Bestimmungen des Gesetzes mit dem in Deutschland zu schaffenden Gesetze in Einklang zu bringen.

Die Nationalversammlung nahm ferner einen Gesetzentwurf an, durch den der Staatssekretär für die Finanzen ermächtigt wird, zur Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel für die Bezahlung der Lebensmittelbezüge aus dem Ausland Anleihen bis zum Gesamtbetrag von 30 Millionen Dollars oder einen entsprechenden Bezug einer anderen ausländischen Währung aufzunehmen.

Im Laufe der Debatte betonte der Staatssekretär für die Finanzen, Schumpeter, die Notwendigkeit, baldig die Vermögensabgabe zum Abbau der Kriegskosten sowie zur Durchführung der Sozialisierung zu beschließen. Dieses Opfer sei unbedingt notwendig, damit kein finanzieller Zusammenbruch erfolge. Nach dem Abbau der Kriegskosten und nach der Deckung verschiedener nur zeitweiliger Ausgaben werde nach drei bis vier Jahren ein geordneter Zustand wiederkehren.

Das Haus nahm auch das Gesetz betreffend die Beschwerdewahl und die Übernahmehes des Bez.

mögern des Hauses Habsburg-Bohmen. Einige Bestimmungen sowie der Titel und der Eingang des Gesetzes wurden einstimmig angenommen. Im Laufe der Debatte trat Staatssekretär Bauer dem Proteste der Verbände der Nationalstaaten gegen die Bestimmungen betreffend die Übernahmehes des Vermögens des Hauses Habsburg entgegen und erklärte:

Wir sind bereit, hinsichtlich der Aufstellung des kaiserlichen Vermögens und anderer ähnlicher Vermögens, die Aktiva wie die Passiva der Entscheidung des Schiedsgerichtes zu unterwerfen, das nach den Grundsätzen der Haager Vereinbarung zusammenzutreten soll. Wenn die anderen Staaten hierzu bereit sind, wird ein Streit nicht entstehen können.

Protest gegen die deutsche Friedensdelegation.

Die Berliner pazifistischen Organisationen — Bund Neues Vaterland, Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, Zentralische Völkervereinigung — veranstalteten gestern abend im ehemaligen Herrenhaus eine von 1000 Personen besuchte Versammlung, in der Helmut von Gerlach, Willi Jannasch und Dr. Helene Tröder einen Bericht gaben über die Verner Völkervereinigung und den deutschen Pazifismus. Die Redner, die in Verner bestimmte Eindrücke darüber gesammelt hatten, wie man im neutralen und feindlichen Ausland die Auffassungen des deutschen Volkes über die Entstehung des Krieges und die Verhinderung der Friedensmöglichkeiten einschätzte, betonten die Notwendigkeit einer internationalen Organisation des Erziehungswesens und der Presse. Auf Grund dieser ausführlichen Darlegungen und einer sich daran anschließenden lebhaften Diskussion sprach die Versammlung einstimmig ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß in der amtlichen deutschen Friedensdelegation neben Prof. Schilling kein eigentlicher Pazifist aufgenommen sei. Die Versammlung erhob einstimmig Protest gegen die Zusammensetzung der Friedensdelegation und verlangte mindestens die Zuzahl von Karl Kautsky.

Ein Demokrat und kein Pazifist.

Wir werden um Aufnahme folgender Erklärung ersucht: Im „Berliner Tageblatt“ vom 3. März, abends, erhalte ich unter dem Titel „Ein Revolutionär und ein Pazifist“ einen Artikel, nach dem halb witzig, halb perfiden Stil zu schließen vom Chef selbst. Der Angriff ist die „Strafe“, weil ich in der Versammlung der Pazifisten im Herrenhaus die demagogische Hebe der Regierung und die Stimmungsmache der Presse angegriffen und unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, größtenteils Leiter des „Berliner Tageblatt“, die zweideutige chauvinistische Stimmungsmache dieses „Berliner Tageblattes“ besonders gekennzeichnet habe. Dafür gab ich auch ein bestimmtes Beispiel, nämlich den bekannten Brief von Verhaert Hauptmann, in dem er die Orientierung der Wiedereinführung der Sklaverei beschuldigt, die bekanntlich Deutschland eingeführt hat. (Polnische Landarbeiter, belgische Deportationen, russische Gefangene, Afrikaner Männer und Frauen usw.). Das „Berliner Tageblatt“ aber druckte den Brief ab, trotzdem es die Unrichtigkeit seines Inhaltes kannte und sogar zugab, bereitete sich also an der chauvinistischen Hebe gegen Frankreich, die mit dem Unglück unserer Kriegsgefangenen getrieben wurde. Diese unbestreitbare Tatsache, aus der nur hervorgeht, wie zweideutig das „Berliner Tageblatt“ den „Pazifismus“ seiner Kontrahenten mit dem Sensationsjournal aller anderen Tage zu verbinden versteht, wird vom „B. T.“ nicht widerlegt und als „einfach erlogen“ erklärt. Das ist bequem. Noch bequemer ist es, statt zu beweisen, daß man anständig ist, zu erklären, daß der andere ein Dumpe ist.

Darauf erwidere ich: 1. Ich kam ins Kriegspressquartier ohne jede Schiebung und man kann mit meiner Anwesenheit dort so wenig zum Verwurf machen, wie die Anwesenheit eines Soldaten irgendwo anders. 2. Ich war niemals Vertrauensmann oder etwas Ähnliches des Kriegspressquartiers. 3. Ich hatte niemals die Presse auf ihre militärische oder politische Haltung zu bespielen und auch niemals Beobachtungen“ anzustellen, wie das Tageblatt dies andeutet. 4. Meins Tätigkeit bestand außer in Rediarbeit in sachlichen Berichten über die Propagandätätigkeit familiärer Kriegsführender Staaten. Ich besitze noch Abzüge und kann sie jederzeit zur Nachprüfung meiner Behauptung vorlegen. 5. Revolutionär und Pazifist wurde ich nicht, als der Militarismus zusammenbrach, sondern als ich ihn in den ersten drei Kasernen tagen kennen lernte und anders fand, als ich es im „Wort und Bild“ des Tageblattes erfahren hatte. 6. Zur Revolution ging ich nicht der „Posten“ wegen, die bei der Bourgeoisie besser bezahlt und gefachelter sind, sondern vor der Revolution, wie meine besten Parteigenossen wissen. Ob ich ein Dumpe bin oder nicht, wird schließlich wenig haben. Aber ein Blatt, wie das Tageblatt, schadet unendlich, und deswegen müssen alle dagegen kämpfen, auch wenn sie dafür mit Dred beworfen werden. Helig Stöbinger.

Das Heimemachen.

Wie uns mitgeteilt wird hat der Gouverneur von Berlin, Herr Schöpplin, im Anschluß an die von ihm vorgenommene Besichtigung der Berliner Gefängnisse den maßgebenden Stellen dringend empfohlen, die Einrichtung der sogenannten Käfige in der Strafanstalt Hagenow zu beseitigen. Ferner empfiehlt der Gouverneur, den im Zellengefängnis in der Lehrter Straße inhaftierten Genossen Ledebour nach einer anderen Strafanstalt zu überführen, wenn die Inhaftierung aufrechterhalten werden muß, und schließlich, die Untersuchung und eventuelle Strafverfolgung aller an der Mißhandlung oder Tötung von Gefangenen beteiligten Personen beschleunigt durchzuführen, ebenso die Freilassung aller nicht schwer belasteten Gefangenen.

Von der Nationalversammlung.

Die Osterserien der Nationalversammlung sollen am 12. April beginnen und bis zum 29. April dauern. Der Versammlungsausschuss will zur Beschleunigung seiner noch immer stark im Rückstand befindlichen Arbeit nur kürzere Ferien machen und spätestens am 21. April wieder zusammentreten.

Die Berner Delegation bei Lord Cecil.

Rotterdam, 3. April.

Anton „Nieuwe Rotterdamse Courant“ hat Lord Robert Cecil in Paris einen Ausblick der Verner Sozialistenkonferenz, der ihm eine Anzahl Verbesserungsarbeiten für den Völkervereinigung unterbreitete, erblanzen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Willep. Redaktion: Verlagsgesellschaft „Freiheit“, e. V., m. b. H., Berlin. — Druck des Wandbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffsbau, Baum 12

Gewerkschaftliches.

Der Streik in der Metallindustrie.

Die streikenden Angehörigen in der Metallindustrie haben auch gestern wieder neuen Zuzug bekommen. Die Zahl der Streikenden betrug bis gestern mittag auf annähernd 40 000. In einzelnen Betrieben, wo Streikbruch verübt werden sollte, schloßen es die Arbeiter ab, mit den Streikbrechern zusammen zu arbeiten.

Gestern vormittag begannen im Siemenshaus in der Schöneberger Straße Verhandlungen, die aber über einen vorbereitenden Charakter nicht hinaus kamen. Nachdem man sich über bestimmte Richtlinien geeinigt hatte, wurden heute vormittag die eigentlichen Einigungsverhandlungen begonnen.

Wie uns mitgeteilt wird, sind bei der Streikleitung zahlreiche Resolutionen der Kollegen aus den beteiligten Betrieben eingegangen, in denen fast einstimmig zum Ausbruch gebracht wird, daß sich die Kollegen prinzipiell jede Einmischung von irgendwelchen dritten Stellen verbieten müssen. Ganz entschieden ablehnen sie alle Schritte des sojamm bekannten Demobilisierungsplanes.

Einzelne Firmen haben auch schon zu Maßregelungen gegriffen.

Bei der Waffen- und Munitionsfabrik versuchte zuerst die Firma den Angehörigen-Ausschluß nicht anzuerkennen; durch den Schlichtungsausschuß hierzu gezwungen, machte sie dem Angestellten-Ausschuß die Längsteit dadurch unmöglich, daß sie ihm den Zutritt zur Fabrik verweigerte und auch ihm das Recht einzog, in der Beamtenkantine der Fabrik zu essen.

Bei einigen Firmen sind seitens der Arbeitgeber auch die Arbeiter ausgesperrt worden, so bei Witz u. Genest und der Maschinenfabrik Oberländer, welche letztere sämtliche Arbeiter entlassen hat, um die Fabrik auf diese Weise stillzulegen.

Von einem Angestellten der Firma Krüger wird und geschrieben, daß die Firma grundlos Mitglieder, die in dem Angestellten-Ausschuß die Forderungen der kaufmännischen und technischen Beamten vertreten hatten, gekündigt hat. Als die Angestellten Solidarität übten, um die Firma zum Nachgeben zu bringen, hat die Firma am zweiten Streiktag ihre ausländischen Angestellten sämtlich gekündigt. Die richtige Bezeichnung erfährt das Vorgehen der Firma erst, wenn man die Kartei sich vor Augen führt, daß sie sich weigert, die beabsichtigten Gehaltsforderungen ihrer Angestellten zu bewilligen, während sie noch in diesem Jahre in der Lage war, eine Dividende von 35 Prozent auszuschütten.

Auch in diesem Falle zeigt es sich, daß die Kapitalisten nicht gewillt sind, auch nur das geringste ihrer Vorrechte aufzugeben. Hier muß ganze Arbeit gemacht werden, hier gibt es nur eine Antwort: Reiz zur Sozialisierung.

Im Glühlampenwerk der Firma Siemens u. Halske A.-G. hat die Streikfrage folgende Entwicklung genommen.

Die Angestelltenchaft beschloß bereits vor Ausgabe der Streikparole der Gewerkschaften mit übergroßer Mehrheit in den Streik zu treten. Dieses ist für Siemens-Angestellte ein historisches Ereignis und zeigt davon, daß die provozierende Haltung der Unternehmensleitung ein nicht zu überschreitendes Schisma erreicht hatte.

Der Angestelltenstreik wurde am 2. April, früh 7 Uhr, einmütig durchgeführt und hatte, wie vorausgesehen, wesentliche Schwierigkeiten der Betriebsleitung mit der Arbeiterschaft zur Folge. Die Direktion des Werkes richtete nun im Verlauf des 2. April an die Arbeiterschaft die Fragen, ob sie gewillt sei:

1. Selbst Streikbrecher als Werkmeister usw. aus ihren Reihen zu stellen.
2. Unter Anleitung von Streikbrechern aus dem eigenen Werk zu arbeiten.
3. Unter Anleitung von Streikbrechern, die nicht dem Werk angehören, zu arbeiten.

Die Arbeiterschaft beantwortete diese drei Fragen selbstverständlich mit einem entschiedenen „nein“, worauf die Direktion am 2. April, 10 Uhr nachmittags, das Werk schloß.

Die Arbeiterschaft beansprucht nun, da sie arbeitswillig, die Bezahlung der ausfallenden Arbeitslöhne und wird diese Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchsetzen.

Am Freitag, den 4. April, findet vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Krone“, Alt-Moabit, eine Betriebsversammlung für die Arbeiter statt.

Frühgruppe 14 Metallindustrie usw. Am Sonnabend vormittag 11 Uhr findet eine Versammlung sämtlicher Obleute der Gruppe 14 in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, Saal 5, statt. Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Frühgruppe 15, Elektroindustrie. Versammlung der Obleute Sonnabend, 5. April, vormittags 10 Uhr, Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstraße 35, Saal 6.

Streiklokal der Siemensangestellten, Verwaltungsgebäude, Bleibitz: Restaurant „Zum Klosterkrug“, Siemensdamm 4. Erscheinen aller zu den bestimmten Zeiten notwendig.

Die Streikleitung.

Bankbeamten drohen den Streik an.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten mitteilt, begründet die gestern zu einer Betriebsversammlung zusammengetretene Angestelltenchaft der Neuen Boden-Aktiengesellschaft das seitens der Direktion gemachte Zugeständnis als ungenügend. Die Angestelltenchaft besteht auf ihren ursprünglichen Forderungen und verlangt sofort aufzunehmende Verhandlungen hierüber. Kommen die Verhandlungen nicht zustande oder bringen sie nicht das gewünschte Ergebnis, so tritt die Angestelltenchaft von 2 Uhr ab in die passive Resistenz ein und proklamiert für Freitag, den 4. den Streik. Sie bittet den allgemeinen Verband der Deutschen Bankbeamten, die Weiterführung der Aktion zu übernehmen. Die Resolution ist einstimmig angenommen worden.

Abluß des Kollektiv-Arbeitsvertrages in der Berliner städtischen Verwaltung.

Holbornisch wird mitgeteilt: Dem Ergebnis der gemeinschaftlichen Tarifvertragsberatungen zwischen den Groß-Berliner Gemeinden und den Arbeitnehmersverbänden, an der Spitze der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, hat der Berliner Magistrat und ein Teil der Arbeitnehmersverbände sogleich, und zwar Anfang März, zugestimmt. Nachdem am Mittwoch auch die Zustimmung des letzten Arbeitnehmersverbandes eingegangen ist, ist der Tarifvertrag am Donnerstag abschließend vollzogen worden. Der Vorschlag wird mit Wirkung vom 1. Januar 1919

nurmehr zur Durchführung gebracht werden. Der Magistrat wird die nachträgliche Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu den Grundzügen des Tarifvertrages erbitten.

Im Zeichen der neuen Zeit.

Am Dienstag, den 1. April referierte in einer Mitglieder-Versammlung des Zentralverbandes der Berliner Kollege Helmrich Pollin über das Thema: Räte-System und Gewerkschaften. Die Ausführungen des Referenten sowie sämtliche Diskussionen redner bewiesen, daß auch die Räte-Systeme fest auf dem Boden des Räte-Systems stehen und ihre Arbeiter-Masse nur in Betriebs-, resp. Berufswahlen wählen wollen. Von der Geschäftsleitung wurde noch bekannt gegeben, daß die Räte-Systeme der Stadt Berlin es bisher nicht für nötig erachtet, auf die Eingabe vom 3. März betreffs Unterbringung arbeitsloser Räte-Systeme zu antworten, was große Entrüstung in der Versammlung hervorrief. Es wurden noch folgende Anträge einstimmig angenommen:

„Der in nächster Zeit zusammentretende außerordentliche Verbandstag möge beschließen, daß diejenigen Kollegen, welche sich den freiwilligen Verbänden anschließen haben, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Das Ausschlußverfahren dieser Betroffenen ist sofort einzuleiten.“

Prolet-Resolution. Die am 1. April in Goerke Festsaal versammelten ca. 1000 organisierten Räte-Systeme des Groß-Berlins protestieren gegen die Behandlung, welche seitens der Regierung den durch Revolutionsrecht gewährten Vertretern der arbeitenden Bevölkerung zuteil wird. Wir fordern die sofortige Entlassung der wegen politischer Vergehen Verhafteten, insbesondere des Genossen Ledebour, da dessen Verhaftung eine Verletzung der Immunität der Abgeordneten im höchsten Sinne darstellt. Wir erklären, jede Maßnahme der Arbeiter-Masse zu unterstützen, welche die Freilassung des Genossen Ledebour bewirkt. **Resolution.** In Anbetracht des offenen Treibens der Gegenrevolution ist die rechtliche Anteilnahme zur Unterstützung der Revolution auch den Gewerkschaftsmitgliedern dringend zu empfehlen. Die Versammlung steht auf dem Boden des Räte-Systems, das in Verbindung mit den Gewerkschaften große wirtschaftliche und politische Aufgaben zu erfüllen hat. Da der „Vorwärts“ die unsozialistische Politik der Regierung, welche gegen die Arbeiter gerichtet ist und nur der Gegenrevolution dient, in jeder Form unterstützt, hat er ausgeschloßen, ein Arbeiterblatt zu sein. Es kann daher den Mitgliedern nur das Abnennen auf die „Freiheit“ empfohlen werden, da diese auch konsequent auf dem Boden der Arbeiterräte steht. Bürgerliche Blätter, wie „Morgenpost“, „Volkzeitung“, „Tagblatt“ usw. müssen unbedingt aus der Wohnung eines Arbeiters verschwinden.

Die städtischen Arbeiter in Lichterberg besaßen sich in einer Versammlung am Sonnabend mit dem Vorbericht und beschloßen folgende Resolution: Die heute, am 29. März 1919, versammelten Arbeiter und Angestellten der städtischen Betriebe von Berlin-Lichterberg nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem abgeschlossenen Tarifvertrag mit dem Magistrat und den Gewerkschaftsverbänden. Der Tarifvertrag wurde ohne unsere Zustimmung abgeschlossen. Die Versammelten sehen in diesem Vertrag nicht das Mittel, welches das Proletariat aktionsfähig erhält, um die Macht über den Kapitalismus zu erringen. Die Kollegen und Kolleginnen verkennen nicht die Tätigkeit der Kommission in Bezug auf die Ausarbeitung des Vertrages, wollen auch nicht die Vorteile verkennen, aber das Gute des Vertrages wiegt das Schliche nicht auf. Die Kollegen verlangen, daß sie vor Abschluß eines Vertrages wenigstens gehört werden, sie lehnen alle Folgen, die dadurch entstehen könnten, rundweg ab.

Die arbeitslosen Funktionäre der Firma B. M. A. G. vormalig E. Schenck versammelten sich am Sonnabend, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr, bei Dams, Schlegelstr. 9, zwecks einer wichtigen Besprechung.

Groß-Berlin.

Für die Errichtung von Schulgemeinden!

Wie kommt es, daß die Kinder nicht gern zur Schule gehen, und zwar die höheren Schüler so wenig wie die der Volksschulen? Muß denn dieis Hineinwachen in die Kultur unbedingt mit Unlust verbunden sein? — Diese und ähnliche Fragen waren es, die am Sonnabend in einer öffentlichen Schülerversammlung in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums von Schülern höherer Lehranstalten diskutiert wurden.

Einleitend hob Herr Schüller, vom Bund für freie Schulgemeinden, der Einkerker dieser Versammlung, hervor, daß hier keine politischen, sondern pädagogische, rein menschliche Angelegenheiten besprochen werden sollen. Unser Ideal ist eine Gesellschaft, in der es keine Klassen, keine Parteien mehr gibt und keine Gesetze, kein Zwang mehr nötig sind. Gerade die Jugend ist dazu geeignet, diese Ziele zu erkennen, denen wir durch die Revolution vom 9. November einen bedeutenden Schritt näher gekommen sind.

Der erste Referent, Herr Dr. Reichenbach, bezeichnete diese Versammlung als den Ausdruck zu einer neuen Zeit. Er verglich die Revolution mit einem Gemälde, dessen Schönheit der Linien und Harmonie der Farben wir erst erkennen, wenn wir etwas zurücktreten. Wir müssen uns abgewöhnen, häßliche Begleiterscheinungen als das Wesentliche der Revolution zu halten. Der erste Versuch zu einer grundsätzlichen Aenderung der Schule ist die Schulgemein de, in der der Lehrer nicht mehr Vorgesetzter ist, sondern ein Freier unter Freien, wenn er's sein kann: ein Führer! Ein Uebergang von der bestehenden Schule zur Schulgemeinde wäre der Spruchsaal, indem sich Gruppen bilden, um Gemeinschaft zu pflegen, die in der Schule so schwer ist, ohne Rücksicht auf Altersunterschiede und Geschlechter unter Hinzuziehung von jugendlich fühlenden Lehrern.

Fräulein Winkelmann vom Kultusministerium sprach dann von den Widerständen, die der Schulgemeinde noch entgegenzusetzen werden, die sie aber glaubt mit Hilfe des Kultusministeriums überwinden zu können, was bei einem Teil der Versammlung Zweifelsschüancen hervorrief. In der Diskussion kam dieser Zweifel auch weiter zum Ausdruck in den Ausführungen von Frau Dr. Reichenbach: habe doch gerade der Kultusminister Goenich in seinem letzten Erlaß über die Schulgemeinden den Direktoren die Handhabe geboten, den Schulgemeinden entgegenzuarbeiten. Tatsächlich ist denn auch von vielen Direktoren die Tätigkeit für die Schulgemeinden verboten worden.

Am Laufe der anregenden Aussprache brachte es ein alldeutscher Oberlehrer fertig, die Schulgemeinden als eine sozialdemokratische Sache zu erklären und die Frage aufzuwerfen, wie man es wagen könnte, in einer deutschen

Schulaula den deutschen Lehrerkollegium derart zu beleidigen, obwohl dem Herrn bekannt sein mußte, daß die Gründung der ersten freien Schulgemeinde in Wickersdorf durch Dr. Bönneken 18 Jahre zurückliegt und mit Politik durchaus nichts zu tun hat. Nachdem sich der kriegsbeberdige Jugenderzieher mit seinen die Versammlung durch Redauernenen erzehrenden Schülern entfernt hatte, fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der es u. a. heißt: Wir begrüßen freudig den Erlaß des Herrn Ministers Goenich vom 27. 11. 1918, der die „Befreiung der schulummernden und gebundenen Kräfte der Jugend“ erstrebt, der ihr die Möglichkeit eröffnet, daß sie „aus innerer Wahrhaftigkeit und unter eigener Verantwortung an der Gestaltung ihres Lebens“ mitwirken kann, der der Jugend das Recht auf Selbstregierung einräumt. Wir haben den Willen, im Sinne des Erlasses sofort Schulgemeinden und Schülerrat einzurichten. In der Schulgemeinde sehen wir nicht nur eine rechtliche Einrichtung zur Ausübung und Verwaltung, sondern Schulgemeinde ist uns Gemeinde der Lebenden und Lernenden, die unter jugendlicher Selbstverwaltung steht. Baut sie mitten hinein als Säule der Jugend in die Säule des alten Staates, tut auch zu Arbeitsgruppen zusammen, die der Unterricht der Schule vertiefen und ergänzen.

Bekanntmachung!

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins, zu der auch die kommunalen Arbeiterräte Zutritt haben, und die im Einverständnis mit dem Aktionsausschuß der kommunalen Arbeiterräte einberufen ist findet am

Sonnabend, den 5. April, vorm. 10 Uhr, in den Kammersälen, Leltower Straße, statt.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu den Forderungen der kommunalen Arbeiterräte.

Der Volkswart.

Rich. Müller. Paul Neue.

Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Versammlung wurde durch Gen. Weyl mit einem Aufruf auf das frühere Mitglied Stadtbaurat Crämer eröffnet. Dierauf folgte die Beratung des Antrags der Reichssozialisten über die Verteilung der aus dem Auslande erwarteten Lebensmittel. Unsere Genossen haben dazu den Antrag gestellt, daß insbesondere Kranke und Kinder bedacht werden sollen.

Müller (Soz.) fordert, wenn Lebensmittel aus dem Auslande einströmen werden, dürfe die Verteilung nur unter strenger öffentlicher Kontrolle erfolgen.

Überbürgermeister Wermuth: Unsere ganze Ernährungspolitik wird von dem Erbehen beeinflusst, von der Allgemeinwirtschaft loszukommen. (Sehr richtig b. d. Unabh.) Das ist verhängnisvoll. Mit der Freigabe der Eier, des Fleischs usw. werden wir noch bittere Erfahrungen machen. Die Auslandsbeschaffung müssen solange genau wie die inländischen rationiert werden, bis wieder ein Ueberschuß der Ernährung erreicht ist. (Sehr richtig b. d. Unabh.) Sie dürfen nicht willkürlich nach der Zahlungsfähigkeit an die Bevölkerung kommen. Die Verteilung muß also durch die Kommunalverbände erfolgen.

Genossin Rudewig (U. S. P.). Welche Kreise als minderbemittel gelten sollen, ist in dem Antrag nicht gesagt. Da 94 Prozent der Bevölkerung weniger als 4000 Mark Einkommen haben, müssen die ausländischen Lebensmittel genau so auf Karten abgegeben werden, wie die inländischen. Die Nahrungsmit tel werden für die bedürftige Bevölkerung unerlässlich sein. (Sehr richtig.) Eine der wichtigsten Bedingungen, die uns die Entente auferlegt hat, ist, daß Arbeitslose, die aus eigener Schuld keine Arbeit erlangen, von der Verteilung ausgeschlossen sein sollen. Was aber hauptsächlich verurteilt werden muß, ist, daß Reichsernährungsminister Schmidt Streikende mit unter diese Bestimmung stellen will. Arbeitslose kommen übrigens nur wenige in Frage, da die Mehrzahl davon in die Freiwilligen-Regimenter eingetretensist. (Sehr richtig b. d. Unabh. Große Unruhe.) Die Entscheidung, wer arbeitslos ist, muß bei den Arbeiterräten der Arbeitslosen liegen. Ungeheuerlich ist aber der Vorbehalt des Ernährungsministers, bei eintretendem Generalsstreik die Lebensmittelkarten für ganze Gemeinden oder Kommunalverbände zu sperren. Also zu den Zwangsmitteln der Handgranaten, Minenwerfer und Fliegerbomben soll nun noch die Hungerpeinliche treten, auch gegen Kranke, Kinder und Geistes- (Große Unruhe.) Durch den Hunger wird die Bevölkerung zur Verweigerung gezwungen werden. (Sehr richtig b. d. Unabh. Große Bewegung.) Unter allen Umständen muß die Kontrolle über die Lebensmittel durch die Institution der Arbeiterräte ausgeübt werden. Eine besriedigende Lösung kann jedoch erst die sozialistische Gesellschaftsordnung bringen. (Bravo b. d. Unabh.)

Stadtv. Linke und Wismann wollen den Kleinhandel nicht ausschalten und die Zwangsverteilung davor aufgeben lassen.

Genosse Em. Burm (U. S. P.). Der Angriff des Stadtv. Krausmann gegen die Zwangswirtschaft kann nicht un widersprochen bleiben angesichts des Wunders und des eigenmächtigen Vorgehens gewisser Kreise. Klein der „freie Handel“ nicht ausgeschlossen, wird uns das Ausland die Zufuhren wieder sperren. Die arbeitende Bevölkerung hat einseitig gelitten. Unser Brotgetreide reicht allerhöchstens bis Ende Juni. Das ausländische Vrotgetreide wird ungefähr 1000 Mark pro Tonne kosten. Brot, aus diesem Getreide hergestellt, würde den vier- bis fünffachen Preis kosten wie jetzt. Das bedeutet eine Belastung der Bevölkerung um 1,5 Milliarden. Das können die Armeren nicht tragen. Die Reichslosen muß das Reich übernehmen.

Nach einigen weiteren Ausführungen wurde der sozialdemokratische Antrag mit dem Jubel unserer Fraktion mit großer Mehrheit angenommen.

Von unserer Fraktion war der Antrag gestellt, den 1. Mai als Feiertag für die städt. Arbeiter und Angestellten freizugeben. Genosse Rosenfeld gab dem Antrage eine kurze, wirksame Begründung. Der Reichssozialist Dittmer suchte den Vorschlag auch dem Bürger umschmeißen zu machen. Unsterblich lächerlich machte sich der Vertreter der bürgerlichen Vereinigung, Nieder, mit dem Vorrede, den 1. Mai dann als Feiertag gelten zu lassen, wenn er auf einen Sonntag falle. Der juristische Magistratsvertreter Dr. Franz Grifff sprach auf ein Wort aus dem Jahre 1793 zurück, um den ihm peinlichen Antrag abzuwehren. Genosse Rosenfeld schlug alle Einwände glatt zu Boden. Im Schlußwort rechnete dann Gen. Weyl mit denen gründlich ab, die bisher bei Verwaltung von dynastischen, kirchlichen und burrapariorischen Feiertagen keine Rücksicht auf die Wünsche der Arbeiterschaft genommen haben. Der Antrag wurde gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen. Das löste förmlichen Beifall auf der Tribüne aus. Gen. Weyl forderte zur Abkürzung auf. Damit waren die bürgerlichen Herren nicht zufrieden, sie wollten jede Wallis oder Wollensüberhebung unerschüttert haben. Gen. Adolf Hoffmann wies dieses Verlangen entschieden zurück, da solche Wünsche immer aufzudehen, wenn die Tribüne unbesetzt wird. In anderen Fällen sei stets größte Rücksicht geübt worden. Nach

